

DOI: 10.5771/0342-300X-2022-4-337

Gewerkschaftliche Strategiebildung in der ökologischen Transformation

HANS-JÜRGEN URBAN

So viel ist gewiss: Das Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell (nicht nur, aber vor allem) des globalen Nordens steht vor einer historischen Weichenstellung. Beobachtbare Fakten und analysierte Kausalitäten sind überwältigend. Sollte das Ziel nicht erreicht werden, Arbeit, Wirtschaft und Konsum bis etwa 2050 global CO₂-neutral zu gestalten, drohen massive Veränderungen in der geophysikalischen Konstitution des Globus. Massive wirtschaftliche Schäden und menschliche Katastrophen wären die Folge.

Klimakrise als Systemproblem

Alle gesellschaftlich relevanten Akteure haben sich diesen Fakten zu stellen. Und alle sind verpflichtet, ihren Beitrag zu leisten, um die Klimaerhitzung zu bremsen und den Übergang zu einer sozial und ökologisch nachhaltigen Produktions- und Lebensweise zu gestalten. Das gilt selbstredend auch für die Gewerkschaften, nicht zuletzt für diejenigen, die mit ihrer Mitglieder- und Machtbasis in jenen Wirtschaftssektoren verwurzelt sind, die vor besonders weitreichenden Transformationszwängen stehen.

Gewerkschaften wie die IG Metall haben diese Verantwortung angenommen. Mit ihrer Kampagne „#fairwandel“ hat sie Essentials einer Transformation skizziert, die ökologisch, sozial und demokratisch ablaufen könnte.¹ Doch damit ist das Problem strategisch noch nicht bewältigt. Es gibt eine wissenschaftlich gut belegte, politisch brisante und strategisch höchst anspruchsvolle Erkenntnis, von der Diskurse und strategische Positionierungen der Transformationsakteure auszugehen haben. Demnach sind es nicht einzelne Produkte oder Produktionsverfahren, ja nicht einmal primär CO₂-intensive Energieträger, die es zu überwinden gilt. Das Problem liegt tiefer. Es

wurzelt in den pathologischen Wachstumszwängen eines kapitalistischen Akkumulationsregimes, das keine immmanenten Stopp-Regeln kennt. In Gesellschaften des globalen Nordens ist just dieses Wachstumsmodell der bisherige Motor für die gesellschaftliche Entwicklung.² Stottert dieser Motor, geraten die Wirtschaft und mit ihr die Gesellschaft in Schwierigkeiten. Der Kapitalismus wächst – oder er gerät in die Krise. Dass dieses Wachstumsmodell auf der Verbrennung nicht erneuerbarer, fossiler Energieträger beruht, macht die Sache nicht einfacher. Aber selbst ein ungebremses Wachstum auf der Grundlage grüner Energie würde früher oder später mit den Kapazitäten der Natur kollidieren. Auf einem Planeten mit endlichen Ressourcen und begrenzten Schadstoffsenken ist unendliches und unbegrenztes Wachstum nicht möglich.

Das Problem steckt also im System. Auch die Gewerkschaften sind Teil dieses Systems. Traditionell sind sie Wachstumsfans. Aus guten Gründen. Wertschöpfungszuwächse eröffnen Spielräume für gewerkschaftliche Verteilungspolitiken im Interesse der abhängig Arbeitenden. Sie legen den Grundstein für steigende Entgelte, kürzere Arbeitszeiten, weniger Arbeitsplatzunsicherheit und ausgebauten Sozialleistungen. Die historisch wirklich vorzeigbaren Erfolge in diesen Interessenfeldern bilden die Grundlage der Wertschätzung, die den Gewerkschaften wie der IG Metall – allen Schwierigkeiten zum Trotz – in den Betrieben und vonseiten der politischen Eliten bis heute entgegengebracht wird.

Mit dem unabweisbaren Ende des kapitalistischen – d.h. nach Renditen und nicht nach Bedarfen gesteuerten – Wachstumsmodells geraten die Gewerkschaften in ein Dilemma.³ Die Interessenlage abhängig Arbeitender ist unter den Bedingungen kapitalistischer Vergesell-

1 Vgl. dazu <https://www.igmetall.de/thema/fairwandel>

2 Siehe dazu Urban, H.-J. (2019): Gute Arbeit in der Transformation, Hamburg, S. 183ff.

3 Vgl. Urban, H.-J. (2022): Treiber oder Vetospieler? Das Dilemma der Gewerkschaften in der sozial-ökologi-

schen Transformation, in: Becke, G. / Bleses, P. (Hrsg.) (2022): Interdependenzen von Arbeit und Nachhaltigkeit, Weinheim, S. 177ff.; ähnlich bereits Räthzel, N. / Uzzel, D. (2001): Trade Unions and Climate Change: The Jobs versus Environment Dilemma, in: Global Environmental Change 21 (4), S. 1215ff.

shaftung durchaus widersprüchlich. Als Erdenbewohner*innen haben auch sie ein Überlebensinteresse an der Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen. Das erfordert ein Ende des Raubbaus an Ressourcen einerseits und ein Mehr an Schadstoffsenken andererseits. Jedoch: Das Ende der Naturverwertung kann in kapitalistischen Verhältnissen schnell mit dem Ende der Verwertung der Arbeitskraft einhergehen. Vor allem in solchen Sektoren, in denen die Formen der Wertschöpfung und des Naturerhalts inkompatibel sind. Das kann für die dort Beschäftigten den Verlust von Arbeitsplätzen, Einkommen und sozialer Sicherheit zur Folge haben. Und zweifelsohne würde sich ein Ende der Wachstumsdynamik früher oder später auch für die in anderen Sektoren Beschäftigten wie letztlich auch für die Empfänger*innen staatlicher Leistungen als problematisch erweisen. Denn das volkswirtschaftliche Surplus ist ja bekanntlich der Grundstock für Steuereinnahmen und Sozialhaushalte. Somit ist nicht auszuschließen, dass kurz- und mittelfristig das unmittelbare Beschäftigungs- und Sicherheitsinteresse vieler mit dem Nachhaltigkeitsinteresse aller kollidieren wird. Für die abhängig Arbeitenden verdoppeln sich zudem die Gefährdungslagen. Für sie verbinden sich die sozialen Risiken der Lohnarbeitsexistenz mit den Gattungsrisiken der Klimakrise. Eine prekäre Lage.

Die Pläne der Ampelkoalition

Für Deutschland könnte zutreffen, dass sich die Rahmenbedingungen für eine Politik der CO₂-Reduzierung mit der neuen Bundesregierung verbessert haben. Zumindest wird im vereinbarten Politikplan, dem Koalitionsvertrag, die Absicht einer offensiven Umwelt- und Klimapolitik formuliert:⁴

(1) Das geltende Klimaschutzgesetz wird 2022 überarbeitet, Ziele sollen sektorübergreifend und mehrjährig überprüft werden. Angesichts der aktuellen Zielverfehlung soll es ein Klimaschutzsofortprogramm bis Ende 2022 und für alle Gesetze einen „Klima-Check“ geben, der allerdings kein verbindliches „Veto“ enthalten soll. Den erwarteten Strombedarf im Jahr 2030 setzt die Koalition bei 680 bis 750 TWh an, deutlich höher und realistischer als die bisherige Kalkulation. Der Bedarf soll 2030 zu 80 % aus erneuerbaren Energien gedeckt werden. Zugleich soll der Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigt werden, auch mit Hilfe konkreter rechtlicher Maßnahmen. Für Windenergie an Land werden 2 % der Landesfläche ausgewiesen. Es soll eine Solaroffensive für Dachflächen gestartet werden, die Offshore-Windkapazitäten werden erhöht, der Netzausbau wird beschleunigt.

(2) Die Ampel setzt sich zugleich das neue Ziel, 15 Mio. vollelektrische Pkw bis 2030 auf der Straße zu haben. Dafür verspricht der Koalitionsvertrag eine Million öffentliche Ladepunkte bis 2030, also eine massive Beschleuni-

gung des Ausbaus der Ladeinfrastruktur. Die bisherigen Dialogformate mit der Automobilwirtschaft sollen zu einer Strategieplattform „Transformation Automobilwirtschaft“ mit Sozialpartnern, Umwelt- und Verkehrsverbänden, Wissenschaft, Bund und Ländervertretern gebündelt werden. Es soll künftig mehr Geld in die Schiene als in die Straße investiert werden. Im Rahmen eines „Ausbau- und Modernisierungspaktes“ zwischen Bund, Ländern und Kommunen soll deutlich mehr Geld in den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) fließen.

(3) Im Bereich der Grundstoffindustrien soll es schließlich Klimaschutzverträge (*Carbon Contracts for Difference*) geben, um etwa die Stahlindustrie bei der Umstellung ihrer Prozesse zu unterstützen. Außerdem sind ein CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (*Carbon Border Adjustment Mechanism*) oder vergleichbare Instrumente geplant, um *Carbon Leakage*, also die Verlagerung von CO₂-Emissionen in Nicht-EU-Staaten, in diesem Bereich zu verhindern. In der regionalen Strukturpolitik ist von regionalen Transformations- und Qualifizierungsklustern die Rede, die gemeinsam mit Sozialpartnern und lokalen Akteuren aufgebaut werden sollen. In einer Allianz für Transformation will die neue Regierung mit Wirtschaft, Gewerkschaften und Verbänden im ersten Halbjahr 2022 Rahmenbedingungen für die Transformation besprechen.

Das klingt nicht schlecht. Die hier skizzierten Pläne greifen Forderungen der Gewerkschaften, insbesondere der IG Metall, auf. Wo ihnen praktische Umsetzungsvorhaben folgen, wird sich die IG Metall aktiv beteiligen. Dennoch: Eine zentrale Schwachstelle des Politikentwurfs der Ampel-Koalitionäre ist die Absicherung seiner Finanzierung. Ein finanzpolitischer Paradigmenwechsel, der dauerhaft mit öffentlichen Investitionsprogrammen die sozial-ökologische Transformation vorantreibt und lenkt, kommt darin nicht zum Ausdruck. Stattdessen bekennt sich der Koalitionsvertrag neben der „Schuldenbremse“ (siehe dazu auch Dullien et al. in diesem Heft) auch zu den Sparregeln der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, die sich de facto bereits in der Finanzkrise und der Coronapandemie als unbrauchbar erwiesen haben. Aus Sicht der „Ampel“ aber habe der Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) seine Flexibilität bewiesen. Auf seiner Grundlage soll Wachstum sichergestellt und für nachhaltige und klimafreundliche Investitionen gesorgt werden. Die Weiterentwicklung der fiskalpolitischen Regeln soll vor allem ihre Effektivität stärken. Bekenntnisse und Vorhaben dieser Art lassen kaum erwarten, dass die Ampelkoalition zur dauerhaften Finanzierung eines hinreichend bemessenen Infrastruktur-Investitionsprogramms bereit ist.

4 Vgl. https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf

Pfadwechselprobleme

Mehr noch: Die Regierungspläne der Ampelkoalition sind nicht nur strukturell unterfinanziert, sie springen auch zu kurz. Dass die geplanten Maßnahmen die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft erfolgreich bis hin zum 1,5-Grad-Ziel lenken können, wird vielfach bezweifelt. Vor allem aber bleiben sie auf halbem Wege stehen. Sie setzen zwar zu Recht auf die Erneuerung der stofflichen Basis des wirtschaftlichen Wachstums. Aber sie stellen die Wachstumsdynamik und ihre Antriebskräfte selbst nicht infrage. Es wird *modernisiert*, wo *transformiert* werden müsste. Das Ganze läuft eher auf eine ökologische Modernisierung des privatwirtschaftlichen Wachstumsmodells als auf einen systemischen Pfadwechsel hinaus. Doch ein solcher Pfadwechsel ist unverzichtbar. Das ist gleichwohl einfacher gefordert als ins Werk gesetzt. Der Abschied vom fossilistischen und profitgetriebenen Wachstumsmodell und der Einstieg in ein gänzlich anders reguliertes gesamtgesellschaftliches Entwicklungsmodell bedeutet für politische Entscheider und Gewerkschaften, einen mit großen Stolpersteinen gepflasterten Weg einzuschlagen. Absehbar sind gesellschaftliche Akzeptanz- sowie folglich auch Spaltungs- und Strategieprobleme:

(1) *Akzeptanzprobleme*: Nicht nur die Gewerkschaften stecken in einem Dilemma. Gleiches gilt für die Politik. Die notwendigen Maßnahmen werden großen Teilen der Bevölkerung vermutlich mit sofortiger Wirkung und dauerhaft hohe Kosten abverlangen, doch die Erfolge werden auf sich warten lassen und nur schwer einzelnen Maßnahmen zurechenbar sein. Zu langsam reagieren die geophysikalischen Systeme des Planeten und zu gering ist der CO₂-Ausstoß aus Deutschland, um erfolgreiche Schritte der Transformation messen zu können. Selbst wenn in Deutschland die Reduzierung der Treibhausgase dem „Klimaschutzgesetz“ entsprechend realisiert werden würde (minus 65 % bis 2030 und Treibhausgasneutralität bis 2045), werden sich die Katastrophen der Klimaerhitzung auf absehbare Zeit fortsetzen. Der deutsche Anteil an den globalen Treibhaus-Emissionen ist mit ca. 1,8 % (2018) zu gering, um das Weltklima schnell und nachhaltig zu beeinflussen.⁵ Das delegitimiert selbstredend nicht nationale Anstrengungen, verweist aber auf die Unverzichtbarkeit wirksamer *Global Climate Governance*. Dies auch, da die absehbaren Maßnahmen in den Staaten der nachholenden Industrialisierung (etwa der Bau neuer Kohlekraft- und Stahlwerke), vor allem in China, vieles überkompensieren werden, wie die jüngste UN-Klimakonferenz in Glasgow (2021) deutlich werden ließ. Zugleich wirken auch drastische Maßnahmen der Drosselung von CO₂-Emissionen (etwa die Eliminierung des Verbrenner-Motors) erst im Zeitablauf, während die sozialen Folgekosten (etwa in Form von Arbeitsplatz- und Einkommensverlusten in der Zulieferindustrie) schneller auftreten. Diese Ungleichzeitigkeiten zwischen anfallenden Kosten und spürbaren

Erfolgen werden erheblich an der Akzeptanz einer offensiven Klimaschutzpolitik nagen. Der Rechtfertigungsdruck wird steigen. Das könnte Probleme mit sich bringen. Die Dynamik gesellschaftlicher Proteste könnte steigen, Instrumentalisierungsversuche von rechts könnten zunehmen und die Regierungspolitik könnte der Versuchung erliegen, um der Akzeptanz in der Bevölkerung willen hinter dem Notwendigen zurückzubleiben.

(2) *Spaltungsprobleme*: Nun sind kapitalistische Gesellschaften, auch wohlfahrtsstaatlich domestizierte, Gebilde, die Einkommen, Vermögen und allgemeine soziale Lebenschancen ungleich verteilen. Das ist bekannt. Und auch die bisherigen De-Karbonisierungs-Politiken verteilen *Costs* und *Benefits* der Transformation äußerst ungleich. Es dürfte kein Zufall sein, dass mitunter die Radikalität geforderter Veränderungen mit der sozialen Position korreliert. Je geringer die eigene unmittelbare Betroffenheit und je höher die individuell vorhandenen Ressourcen zur Bewältigung des Veränderungsdrucks, desto ausgeprägter ist die Neigung, radikale Veränderungen einzufordern und soziale Zukunftsängste mitunter als Indizien egoistischer Problemverdrängung zu demoralisieren. Eine Betriebsrätin der Automobilbranche, die sich den Interessen der Belegschaften verpflichtet weiß, fällt es erklärbar schwerer, das sofortige Ende des Verbrenners zu fordern und sich einem radikalen Ökologismus zuzuwenden, als einem verbeamteten Professor, der als Vorsitzender eines Öko-Instituts oder Autor von Bestsellern eine radikale Öko-Kritik als Vehikel für seine akademische Karriere nutzen kann.

Die angesprochene soziale und kulturelle Kluft wurde auch als Konflikt zwischen dem „Altnatura-Adel bildungsstarker Mittelschichten“ und dem „Discounter-Proletariat gewöhnlicher Haushalte“⁶ beschrieben. Sie zu benennen erfordert zugleich, ihrer populistischen Instrumentalisierung gegen eine offensive Klimaschutzpolitik entgegenzutreten. Doch wirklich überwunden werden kann diese Kluft wohl nur, wenn die Kosten und Nutzen der De-Karbonisierung so verteilt werden, dass keine soziale Schichten a priori zu den Verlierer*innen gehören. Eine mehr als anspruchsvolle Aufgabe.

(3) *Strategieprobleme*: Der Übergang zu einem neuen Entwicklungsmodell erfordert die Neubasierung, Drosselung und Umlenkung des wirtschaftlichen Wachstums. In dem

5 Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (2021): Klimaschutz in Zahlen. Fakten, Trends und Impulse deutscher Klimapolitik, Ausgabe 2021, Frankfurt a. M., S. 14 und S. 16.

6 Adloff, F. / Neckel, S. (2021): Wettlauf gegen die Zeit. Agenda für eine neue Regierung im Klimajahrzehnt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 66 (10), S. 55ff., hier S. 56.

Maße, in dem das gelingt, verliert die Wirtschaft an kapitalistischer Dynamik und folgt anderen Zielmarken. Diese müssen durch die Politik gesetzt werden. Doch schon unterhalb der Schwelle einer direkten politischen Steuerung der Wirtschaft lässt sich bereits heute eine Politisierung des Ökonomischen durch eine Aufwertung politischer Regelsetzungen beobachten. So hat etwa die sanktionsbewehrte Einführung von verbindlichen Schadstoffgrenzen für Fahrzeugflotten unternehmerische Entscheidungen geprägt und strukturiert. Während Verbrenner-Antriebe mit Zusatzkosten belegt und der Absatz batterieelektrisch betriebener Fahrzeuge durch „Kaufprämien“ gefördert wurden, verloren die Verbrenner schnell an komparativer Wettbewerbsfähigkeit im unternehmensinternen Produktportfolio und damit an Zukunft.

Eine solche Politik, die an die Debatte der 1980er Jahre über indikative und imperative Investitionslenkung erinnert, ist sachgemäß, aber voraussetzungsreich. In der medialen und wirtschaftswissenschaftlichen Öffentlichkeit wird der Marktrationalität nach wie vor mehr zugetraut als der Wirtschaftspolitik. Dauerhafte politische Interventionen mit umfassendem Lenkungsanspruch müssen gesellschaftliche Akzeptanz erst noch erwerben – jedenfalls dann, wenn die Interventionen als Dauererscheinung in einem neuen Wirtschaftsmodell gemeint sind. Das kann nur in öffentlichen und vor allem ökologisch sensibilisierten Debatten gelingen. Doch auch daraus ergeben sich Folgeprobleme, die als Strategiefragen zu bewältigen sind. Wenn nicht alle möglichen Produktivitäts- und Wachstumspotenziale ausgeschöpft werden, wie überlebt eine Exportbranche, ja eine ganze Exportnation, in einer Weltwirtschaft, die nach wie vor nach anderen Spielregeln funktioniert? Welche Produktivitäts- und Wachstumsfragen sind legitim und sollen ausgeschöpft werden, welche nicht? Wie wird darüber entschieden, von wem und nach welchen Kriterien?

Gewerkschaftliche Strategiethemata

Eines scheint evident: Eine nachhaltig regulierte öko-soziale Wirtschaft wird ein belastbares Legitimationsfundament brauchen. Auch sie stellt eine Ordnung dar, die ein akzeptiertes Rechtfertigungsnarrativ benötigt.⁷ Bis dahin ist es ein weiter Weg. Noch dominiert in der Gesellschaft die Hoffnung auf den Erfolg des marktgetriebenen ökologischen Modernisierungsprojektes, das die gesellschaftlichen Kosten in Grenzen hält und die Regeln des gegenwärtigen Wirtschaftsmodells weitgehend unangetastet lässt. Soll aus der De-Karbonisierung der Ökonomie jedoch eine sozial-ökologische Transformation in Richtung eines anderen Wachstums- und Entwicklungsmodells werden, muss das auch für die gewerkschaftliche Strategiebildung Konsequenzen haben. Ihre Verantwortung reicht über den Schutz von Beschäftigung, Einkommen und Sozialschutz ihrer Mitgliedschaft hinaus. Sie umfasst zugleich die Mitarbeit an der Konzipierung, Legitimie-

rung und Realisierung eines sozial und ökologisch verträglichen Entwicklungsmodells.

(1) *Ein neues Entwicklungsmodell*: Ein gesellschafts- und naturverträgliches Wachstum unterscheidet sich grundlegend vom bisherigen. Es fiele wohl dauerhaft flacher aus, da es nicht Wachstum um jeden Preis fördert, sondern nur dort, wo gesellschaftlicher Nutzen zu erwarten ist; es müsste nachhaltiger ausfallen, da es die Grenzen der Natur als Grenzen des Wachstums akzeptiert; und es müsste sich gerechter vollziehen, indem es die Verlierer*innen des Strukturwandels nicht in Arbeitslosigkeit oder Prekarität abdrängt, sondern ihnen neue Perspektiven eröffnet und die dazu notwendigen Ressourcen durch eine umverteilende Steuer- und Abgabepolitik aktiviert.

Doch der Übergang in ein solches Entwicklungsmodell überfordert den Markt. Er stellt eine Spielanordnung dar, in der private Akteur*innen ihr ökonomisches Handeln an maximalen Renditen oder Nutzen ausrichten und anfallende Kosten, wenn möglich, auf die Gesellschaft oder die Natur abwälzen. Sollen gesellschaftliche Gebrauchswerte, ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit zu Zielmarken sozialen Handels werden, sind andere Spielregeln unverzichtbar. Dabei sollte die Perspektive auf einen möglichst hohen gesellschaftlichen und ökologischen Nutzen über Investitionen, Standortwahl und Produktion entscheiden. Das erfordert politische Eingriffe, die bis in die Unternehmensentscheidungen hineinreichen. Wo Eigentum oder Verfügungsrechte dem entgegenstehen, muss neu über ihre Legitimation und Verteilung diskutiert werden. Auf jeden Fall muss der Dreiklang aus Maximierungslogik, Wachstumszwang und Naturverbrauch beendet werden. Es geht um die demokratische Regulierung wirtschaftlicher Entscheidungen im Sinne dessen, was einst Wirtschaftsdemokratie genannt wurde.

(2) *Ausbalancierte Legitimation*: In einem solchen Modell prägt Demokratie nicht nur den Mechanismus gesellschafts- und naturverträglicher Entscheidungsprozeduren. Sie muss zugleich auch als Legitimationsressource wirken. Das setzt vor allem die möglichst direkte Beteiligung derer voraus, die von den Veränderungen unmittelbar betroffen sind. Hier geht es um Input-Legitimation durch möglichst direkte Wege der Einflussnahme auf betrieblicher, aber auch regionaler und nationaler Ebene. Das meint mehr als etwas mehr Mitbestimmung. Demokratie im Betrieb etwa hieße, die Belegschaften als Demos ernst zu nehmen. Welches institutionelle Setting dies gewährleisten und absichern könnte, gilt es zu diskutieren. Mit Blick auf die ökologische Konversion in den Betrie-

7 Zum Begriff des Rechtfertigungsnarrativs siehe Forst, R. (2015): Normativität und Macht, Frankfurt a. M., S. 85–101.

ben sind regionale Transformationscluster mit eigenen Budgets und Transformationsräten als regulativ wirkende Akteur*innen geeignete Ansatzpunkte.⁸ Sie ermöglichen Beteiligung auf regionaler Ebene.

Doch nicht nur Politikbeteiligung, auch die Politikresultate müssen akzeptabel ausfallen. Ganz ohne Output-Legitimation dürfte die Akzeptanz in Belegschaften und Bevölkerung fragil bleiben. Das lehrt die gewerkschaftliche Erfahrung. Im Modell eines ökologisch regulierten Wachstums müssen die Koordinaten gewerkschaftlicher Tarif-, Sozial- und Machtpolitik neu ausgerichtet werden. Wenn gedrosselte Wachstumsraten Verteilungsspielräume verengen, kann dies zunächst den Verzicht auf gewohnte Zuwächse bei Entgelten und sozialer Sicherheit bedeuten. Eine Alternative wäre eine Radikalisierung gewerkschaftlicher Verteilungspolitik, die sich nicht mit dem Mehrprodukt der jeweiligen Periode begnügt, sondern in Besitzstände eingreift und die Wertschöpfung offensiv nach Kriterien sozialer Bedürftigkeit und Gerechtigkeit verteilt. Ob sich im friktionsreichen Kontext der Transformation die dafür notwendige Verhandlungsmacht aktivieren lässt, bleibt abzuwarten. Auf jeden Fall dürfte die Ausbalancierung von Input- und Output-Legitimation ein Essential gewerkschaftlicher Strategiebildung darstellen.

(3) *Realisierungsanstrengungen:* Will sich gewerkschaftliche Politik in die skizzierte Richtung orientieren, ist vor allem der Ausbruch aus einer Lobbypolitik unverzichtbar, die Partikularinteressen vor gesamtgesellschaftliche Belange setzt. Als Vetokraft gegen die ökologische Transformation im vermeintlichen Interesse der eigenen Klientel würden sich die Gewerkschaften ins historische Abseits manövrieren. Stattdessen müssen sie sich als Treiberinnen nicht nur eigener, sondern gesamtgesellschaftlicher Belange profilieren. Das liefe auf ein erweitertes politisches Mandat hinaus. Strategien der Beschäftigungssicherung in einer naturverträglicheren Automobilproduktion müssen durch eine ebenso engagierte Politik der ökologischen Verkehrswende ergänzt werden, die weit über den Wechsel des Antriebsstrangs der Automobile hinausgeht und etwa den Ausbau des öffentlichen Verkehrssystems vorantreibt.

Ein so erweitertes politisches Mandat käme auch einem legitimen organisationspolitischen Eigennutz zugute. In einem nachhaltigen Mobilitätskonzept kann auch ein mit grünem Strom angetriebenes und mit hohen Recyclingraten produziertes Automobil seine derzeit lädierte gesellschaftliche Anerkennung erneuern. Zugleich er-

höht eine ökologische Gesellschaftspolitik, die nicht nur auf Partialinteressen der Mitgliedschaft setzt, die gesellschaftliche Ausstrahlungskraft der Gewerkschaften. Das eröffnet neue gesellschaftliche Bündnisoptionen, die es zu nutzen gilt. Die vielfältigen Kooperationen, die etwa die IG Metall mit Naturverbänden und Umweltbewegungen vorangetrieben hat, stimmen optimistisch.

Ausblick

Eine reflektierte Wachstumskritik, die Neubestimmung gewerkschaftlicher Demokratie- und Verteilungspolitik sowie die Selbstdefinition als Treiber der ökologischen Transformation markieren anspruchsvolle Ziele. An ihnen muss in systematischen Strategieprozessen gearbeitet werden. Dabei sollte die Kooperation mit der kritischen Wissenschaft intensiviert werden.⁹ An historische Vorbilder könnte angeknüpft werden.¹⁰

Vor allem müssen Gewerkschaften die eigene Rolle in einem sozial-ökologischen Entwicklungsmodell reflektieren und in den eigenen Reihen mehrheitsfähig machen. Zunächst aber gilt es, den Übergang zu einer öko-sozialen Wirtschaftsdemokratie und nicht etwa die grüne Modernisierung des gegenwärtigen Wachstumsmodells zu bewerben. In der Tat, es geht um anspruchsvolle Ziele. ■

AUTOR

HANS-JÜRGEN URBAN, PD Dr., ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall und Privatdozent für Soziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Wohlfahrtsstaats-, Arbeits- und Gewerkschaftspolitik.

@ hans-juergen.urban@igmetall.de

8 Dazu etwa Lemb, W. (2015): Welche Industrie wollen wir? Nachhaltig produzieren – zukunftsorientiert wachsen, Frankfurt a. M.

9 Siehe dazu etwa die Beiträge in Rätzl, N./Stavis, D./Uzzell, D. (Hrsg.) (2021): The Palgrave Handbook of Environmental Labour Studies, Cham; sowie das Schwerpunktthema

der WSI-Mitteilungen „Grenzen des Wachstums – Grenzen des Kapitalismus?“, WSI-Mitteilungen 67 (7).

10 Siehe dazu IG Metall (Hrsg.) (1988): Umweltschutz zwischen Reparatur und realer Utopie: Wege aus der Bedrohung, Köln.